

Gesellschaft

KULTUR

Bücher

„Fake“ und Wahrheit



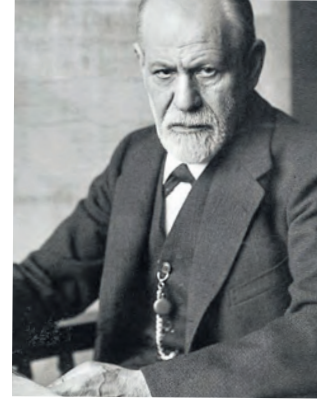
FAKE – Die ganze Wahrheit heißt eine Sonderausstellung, die noch bis März 2023 im Deutschen Hygiene Museum in Dresden zu sehen ist (Foto: Oliver Killig). Das Aufkommen von Verschwörungserzählungen und die Auseinandersetzung mit Verschwörungsgläubigen stellt Haupt- und Ehrenamtliche der Sozialen Arbeit vor besondere Herausforderungen. Wie damit umgehen? Tipps und Hintergründe: **Seite 12**

Farbe und Qualen



Von einer „Explosion voller Farben und purer Lebenskraft!“ sprechen die Organisatoren einer für Ende 2022 in München geplanten ersten „immersive“ (z.d.t.: eintauchen) Inszenierung der Werke von Frida Kahlo (Foto: Andy Juchli). Die düstere und erschütternde Kranken- und Suchtgeschichte der charismatischen Künstlerin hat der Neurochirurg und Outsiderkunst-Sammler Turhan Demirel aufgearbeitet. **Seite 13**

Tod und Seele



Freud ging seine Arbeit und das klare Denken über alles. Er griff erst dann zur tödlichen Morphiumdosis, als er diese Möglichkeit nicht mehr hatte. Carl Gustav Jung's Biographie ist von Mystik und Übersinnlichkeit durchzogen, er fürchtete den Tod offenbar nicht. Der Autor Werner Gross hat die Zusammenhänge zwischen „Leben, Sterben und Werk“ von acht „großen Psychotherapeuten“ untersucht. **Seite 21**

Nach der Wahl: Vieles bleibt vage

Schwarz-grüne Koalition legt Gesundheit und Justiz zusammen – Eingliederungshilfe geht ans Sozialministerium

Wer in psychischen Krisen Hilfe braucht, soll künftig nicht mehr so lange drauf warten müssen. Das verspricht die neue Regierung aus CDU und Grünen in Schleswig-Holstein. Auch mehr Angebote für Geflüchtete, die oft unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, soll es geben, heißt es im Koalitionsvertrag. Allerdings wird Kritik laut: Der Vertrag beschreibe zwar Ziele, sage aber nicht, wie sie zu erreichen seien. Und: Für Menschen mit Behinderungen sind künftig zwei Ministerien zuständig. Ungewöhnlich: Die Krankenhausplanung wanderte ins Justizressort.



Die neue Sozialministerin: Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen).

KIEL (est). Dem Thema Psychiatrie ist etwa eine halbe Seite in dem 244 Seiten starken Koalitionsvertrag gewidmet. Drei Punkte werden besonders erwähnt: Geplant ist eine Bundesratsinitiative für mehr psychotherapeutische Kassensitze und „mehr psychotherapeutische Kenntnisse im Bereich der Allgemeinmedizin“ – was eigentlich nur über neue Lehrpläne im Studium möglich wäre und nicht vom Land allein geregelt werden kann.

Neue Angebote für Geflüchtete sollen geschaffen werden, allerdings fehlt es für diese spezielle Arbeit bereits heute an Therapeuten und an Dolmetschern.

Wie diese Lücke gefüllt werden soll und wie viel Geld zur Verfügung steht, sagt der Vertrag nicht.

Um Vorurteile gegen psychiatrische Erkrankungen abzubauen und Psychotherapie so normal zu machen wie andere ärztliche Behandlungen, will das Land Aufklärungskampagnen starten, zum Beispiel in Schulen. Um seiner Vorbildfunktion gerecht zu werden, will die neue Regierung besonders „an Arbeitsplätzen des Landes mit gutem Beispiel vorangehen“ – auch hier fehlt die Erklärung, wie genau das aussehen könnte.

Nicht ganz klar ist, welches Ministerium sich vorrangig um die Probleme von Menschen mit Behinderungen und psychisch Kranken kümmert. Denn ab sofort sind Soziales und Gesundheit zwei Häusern zugeordnet. „Die psychiatrische Versorgung ist Teil der Gesundheitsversorgung und wird in das Justiz- und Gesundheitsministerium wechseln“, teilte Pressesprecher Christian Kohl mit. „Im Ressort Soziales bleiben die Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischen Behinderungen ebenso wie Angelegenheiten des Schwerbehindertenrechts, die auch Menschen mit seelischen Erkrankungen betreffen können.“ Klingt kompliziert – und führt zu Stirnrünzeln, etwa bei den Wohlfahrtsverbänden im Land. Denn Menschen mit Behinderungen sind zwar in verschiedenen Kapiteln des Vertrags erwähnt, doch vieles bleibe vage: „Anstatt immer wieder den Begriff der Inklusion zu streuen, wäre es überzeugender gewesen, an konkreten Stellen diesen Begriff mit Inhalt zu füllen“, so Michael Saitner, aktuell Vorsitzender der Landes-Arbeitsgemeinschaft.

Die neue Sozialministerin Aminata Touré, die 1992 in Neumünster geboren wurde, hat selbst Erfahrungen mit Diskriminierungen gesammelt: Ihre Eltern waren aus Mali geflüchtet und sie lebte einige Jahre in einer Flüchtlingsunterkunft. **Fortsetzung auf Seite 2**



Sie verband eine herzliche und schelmische Freundschaft: Seine Heiligkeit der Dalai Lama und Erzbischof Desmond Tutu. Foto: © mindjazz pictures

Beste Freu(n)de

Der Dalai Lama und Desmond Tutu

Pandemie, Krieg, Klimakrise erzeugen Angst, Trauer, Ohnmacht, Wut. Ein Gefühl, das da eher unter den Tisch zu fallen droht, ist die Freude. Der Film „Mission Joy“, der am 21. Juli in die Kinos kommt, setzt dem Großen entgegen. Im Mittelpunkt stehen die spirituellen Leitfiguren Seine Heiligkeit der Dalai Lama und der Ende 2021 verstorbene Erzbischof Desmond Tutu. Beide verband eine tiefe und herzliche Freundschaft, die 2015 zu einem Besuch des damals 84 Jahre alten südafrikanischen Christen und Anti-Apartheidkämpfers im Exil des geistlichen

Oberhaupts der Tibeter im nordindischen Dharamsala führte, wo sich beide auch interviewen ließen.

Es ist eine pure Freude, die beiden spirituellen Berühmtheiten zu beobachten, wie sie vor Lachen kreischen, sich gegenseitig necken und an den Händen halten, einfach riesengroßen Spaß haben. Und mit welcher vermeintlichen Leichtigkeit sie sich über Inhalte austauschen wie: das Erlernen innerer Stärke, die Bedeutung geistigen Umdeutens negativer Erfahrungen und die Bedeutung von Gebet und Meditation. **(hin)** Weiterer Bericht zum Starttermin unter www.eppendorfer.de

Krisentelefon freigeschaltet

Hamburg: Neues Beratungs- und Vermittlungsangebot

HAMBURG (rd). Seit 2019 angekündigt und mehrfach verschoben, sollte es am 1. Juli endlich losgehen mit dem Hamburger Krisentelefon. Offenbar galt dies auch für die Werbemaßnahmen.

Das neue Angebot war vor der Einführung mehrfach kritisiert worden, da im Gegensatz zu Krisendiensten in Berlin oder Oberbayern kein Krisenteam dahinter steht, das im Notfall zu den Menschen fahren kann, um vor Ort zu helfen.

Das jetzige Projekt ist auf Information, Beratung und Weitervermittlung

beschränkt und vorerst auf drei Jahre ausgelegt. Dann soll auf Basis einer Evaluation beraten werden, wie es weitergeht.

Gesteuert wird das Telefonangebot durch das Fachamt Gesundheit im Be-

**Krisentelefon:
040/ 428 11 3000**

zirksamt Altona, angesiedelt ist es beim Zentralen Zufuhrdienst. Am 1. Juli wurde eine Leitung freigeschaltet, die wechselweise von 25 pädago-

gischen Fachkräften auf Minijob-Basis und im Schichtdienst bedient wird. Koordiniert wird das Ganze von Antonia Weiss, die das neue Angebot am 30. Juni bei einer Fachveranstaltung für Mitarbeitende der Gemeindepsychiatrie und der klinischen Sozialarbeit vorstellte.

Besetzt ist das Krisentelefon außerhalb der Sprechzeiten der Sozialpsychiatrischen Dienste: Montag bis Donnerstag von 17 bis 23.30 Uhr, Freitag von 17 bis Sonnabend 7.30 Uhr, Samstag 10 bis Sonntag 7.30 Uhr und an Sonn- und Feiertagen 10 bis 23.30 Uhr. **Mehr auf Seite 17**

AUS DEM INHALT

TAGUNG	GESCHICHTE
Diskurs über das Kliniken-„Bürokratiemonster“ Seite 5	Der Wahnsinns-Erfinder: Karl Hans Janke und seine Flugobjekte Seite 9
KLINIKEN	„EUTHANASIE“
Lübeck: Eine Uniklinik macht sich auf und öffnet Türen Seite 6	Wie das Nazidenken weiter wirkte und herrschte Seite 11
ESSSTÖRUNGEN	INTERVIEW
Hamburger Schul-Projekt setzt auf Prävention mit Yoga Seite 7	„Man darf nie aufgeben“: Fragen an Dr. Martin Zinkler Seite 14
SUIZIDBEIHILFE	SELBSTHILFE
DGPPN-Symposium diskutiert politische Entwürfe Seite 8	Chronisches Fatigue-Syndrom (CFS) – ein wachsendes Problem Seite 20

SPD kritisiert Zuschnitt der Ressorts

Fortsetzung von Seite 1:

Der Kampf gegen Rassismus ebenso wie gegen die Stigmatisierung, etwa aufgrund von psychischen Erkrankungen, ist für die neue Sozialministerin Aminata Touré ein Kernthema. Die 29-jährige Grüne hat Politikwissenschaften und französische Philologie studiert und als Mitarbeiterin der Grünen-Bundestagsabgeordneten Luise Amtsberg erste Erfahrungen mit der Parlamentsarbeit gesammelt, bevor sie 2017 selbst als Abgeordnete in den Kieler Landtag einzog.

Um die Krankenhausplanung und die niedergelassenen Praxen wird sich künftig Kerstin von der Decken (53, CDU) kümmern, die auch Justizministerin ist. Die renommierte Staatsrechtlerin war bisher Professorin an der Kieler Universität und gehörte dem Corona-Expertenrat der Landesregierung an. Sie ist in Hamburg geboren, in Mexiko aufgewachsen und studierte u.a. in Aix-en-Provence.

Die SPD kritisiert die Aufteilung: „Schwarz-grün macht Gesundheit zu einem Anhängsel des Justizministeriums.“ Der Ressortzuschnitt orientiere sich „nicht am Wohl des Landes, sondern an schwarz-grüner Machtlogik“. Aber erstmal abwarten, meint Michael Saitner: „Politik ist, wenn's konkret wird.“ Er freue sich auf Gespräche mit den beteiligten Ministere-

„Nicht genug geschult“

■ Immer wieder Tote durch Polizeikugeln

Ist die Polizei im Umgang mit psychisch auffälligen Menschen in Ausnahmesituationen ausreichend vorbereitet? Diese Frage stellte sich die NDR-„Panorama 3-Redaktion“. Und kam zum Schluss: Es fehlt an speziellen Polizei-Schulungen, wie sie in Hamburg von „Irre menschlich e.V.“ durchgeführt werden.

HAMBURG (rd). Einsätze dieser Art würden mehr, meint – anonym – ein Polizist, der selbst einmal einen psychisch beeinträchtigten Menschen erschossen hat – und anschließend an PTBS erkrankte. In den vergangenen fünf Jahren wurden bundesweit 65 Menschen von Polizisten erschossen, heißt es in dem Beitrag, drei Viertel waren psychisch beeinträchtigt, schätzten Experten, konkrete Daten fehlen.

Allein in den norddeutschen Bundesländern kamen seit 2017 vermutlich elf psychisch beeinträchtigte Menschen durch Polizeikugeln zu Tode. So wie der an paranoider Schizophrenie leidende Mohamed Idrissi, 54, aus Bremen. Ein Handyvideo zeigt, wie er in einem Innenhof steht, in der Hand ein langes Messer, vor ihm mehrere Polizisten, die auf ihn einschreien, unklar bleibt, warum sie nicht auf die angefor-

dernten psychologischen Fachkräfte warten, die auf dem Weg waren. Nach dem Einsatz von Pfefferspray eskaliert die Situation: Idrissi geht mit dem Messer auf die Polizisten zu – und wird erschossen.

Der Kriminologe Prof. Thomas Feltes analysiert vor der Kamera mehrere Fehler. Der Einsatz von Pfefferspray und das Anschreien von allen Seiten etwa. PolizeibeamtInnen würden zu wenig im Umgang mit psychisch kranken Menschen in Ausnahmesituationen geschult – so wie es aktuell nur in Berlin, Bayern und eben Hamburg gemacht werde, wie etwa bei einer im Film gezeigten Schulung von „Irre menschlich e.V.“. Dort berichten Menschen, die selbst unter Psychosen oder manischer Depression gelitten haben, vor Polizeischülern von ihrer Erkrankung und ihren Erfahrungen mit der Polizei, und auch Angehörige kommen zu Wort. Zu den Kernbotschaften zählt: Laute, aggressive Ansprache von Seiten der Polizei mache alles nur schlimmer. Ruhiges Sprechen auf Augenhöhe, die Frage, ob man was zu essen oder zu trinken bräuhete, das würde helfen.

Der Beitrag ist in der Mediathek abrufbar unter <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/>

Brief aus der Hauptstadt



Über dem Zentrum der Macht: die begehbare Kuppel des Berliner Reichstags.
Foto: pixabay

Zurück in die Zukunft?

Endlich ist wieder sozialpsychiatrisch etwas los in Berlin. Am zweiten Juni-Wochenende lud die DGSP zur zweitägigen Veranstaltung „Die Zukunft der Sozialpsychiatrie“ in die Räume der Stadtmission. Annähernd zweihundert Teilnehmer, Sommerwetter und ein abwechslungsreiches Programm versprachen interessante Gespräche, auch zwischen den vielen Vorträgen und Workshops. Der Tagung vorausgegangen ist eine Diskussion über das Verständnis von Sozialpsychiatrie im Rahmen der Veranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum im November 2020.

Anhand der Begriffe Krankheit, Normalität, Partizipation, Subjekt und Alltag versuchte sich die Berliner Tagung der Sozialpsychiatrie zu nähern. Es würde theoretisch werden, war im Vorfeld immer wieder zu erahnen – und das endgültige Tagungsprogramm bestätigte diese Vermutung.

Der einführende Vortrag von Klaus Obert machte aus der Not eine Tugend. Die aktuell fehlende allgemeingültige Definition oder gar Theorie der Sozialpsychiatrie könne auch eine Chance sein, den Diskurs offenzuhalten, solange sich die Akteure auf einheitliche und übergreifende Prinzipien verständigen. Zu diesen Prinzipien gehörten neben der Berücksichtigung der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen auch die Wahrung der Menschenwürde und Menschenrechte.

Für Abwechslung sorgte der anschließende Aufruf zu einem Kunst-happening, bei dem Stellwände mit den oben genannten Schlüsselbegriffen von den Tagungsteilnehmenden ergänzt werden sollten und eigene Betroffenheit oder Solidarisierung mit Betroffenen mittels Farbklebsen im Gesicht demonstriert werden konnte.

Diskussionsbedarf entstand im Anschluss an den Vortrag von Dirk Richter zum Krankheitsbegriff. Detailliert entwickelte Richter entlang der philosophischen Debatten um das Bewusstsein und die Veränderungen des Krankheitsverständnisses in der Betroffenenbewegung die Forderung nach einer Integration sämtlicher selbstdeklarierter Konzepte bei jeder Form der Unterstützung von Menschen mit psychischen Krisen. Das dies eben nicht Beliebigkeit bedeutet oder einer neoliberalen Grundhaltung entspricht, waren neben anderen Aspekten Themen der anschließenden Diskussion.

Die vielen Aspekte der Normalität vor dem Hintergrund psychiatrischen Handelns und Denkens stellte Stefan Weinmann vor. Sein Vortrag öffnete u.a. den Blick für die problematische Dichotomie von „normal“ und

„krank“ und plädierte für qualitativen Erkenntnisgewinn neben evidenzbasierten Ansätzen. Immer wieder überraschte er das Publikum, z.B. mit der Frage „Wie schaffen wir es, nicht Normalität zu schaffen?“

Wie so häufig auf Tagungen der DGSP, sind es die vordergründig fachfremden Referenten, die begeistern. Antonio Brettschneider führte mit Kurzweiligkeit und Verve durch sein Thema. Neben der sozialpolitischen Wandlung der Begriffe wie „arm“ und „reich“ hin zu „Teilhabe“ und „Ausgrenzung“ widmete sich Brettschneider der Frage, wie Kooperation und Vernetzung als soziale Modernisierungsstrategie genutzt werden können.

Von der deutschen Sozialpolitik ging es dann für einige Teilnehmer noch in die Weltwirtschaft: Kein Vortragstitel, sondern der Name eines lauschigen Biergartens vor der „Schwangeren Auster“. Persönliche Highlights des zweiten Tages waren die Vorträge von Karina Korecky und Christine Schmid. Korecky stellte nach einer theoretischen Einführung in den Begriff des „Subjekts“ ihre interessanten Erkenntnisse aus einer qualitativen Studie mit Psychiatrie-Erfahrenen vor. Dafür, wie vielschichtig der Alltagsbegriff vor dem Hintergrund sozialpsychiatrischen Handelns interpretiert werden kann, sensibilisierte Christine Schmid eindrucksvoll in ihrem Vortrag. Im Anschluss an die interessanten Workshops spannte Christian Reum-schüssel-Wienert mit der Frage, ob die Sozialpsychiatrie noch eine Zukunft hat, abschließend den großen Bogen über das Tagungsthema. Unter dem Strich eine hochkarätige Veranstaltung, bei der nach langer Corona-Abstinenz endlich wieder alles passte.

Für Interessierte, die mehr über die Inhalte der Tagung erfahren möchten, sei entweder die kommende Ausgabe der Sozialen Psychiatrie oder der Podcast „Vom Wachsal in die Gemeinde“ empfohlen.

Aus der theoretischen Not eine Tugend gemacht ...

Ilja Ruhl

Betrifft: Abs.

Betrifft: Abs.

Der Autor arbeitet als Sozialarbeiter bei einem gemeindepsychiatrischen Träger in Berlin. Er engagiert sich ehrenamtlich in der „Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.



IMPRESSUM

EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)

Internet: www.eppendorfer.de

www.ameos.eu

Abonnement & Anzeigen

aboservice@eppendorfer.de

erken.schroeder@ameos.ch

Tel.: +49 176 300 55 139 (E. Schröder)

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Rolf Brüggemann, Turhan Demirel,

Martina de Ridder, Sönke Dwenger,

Michael Freitag (frg), Esther Geißlinger (est),

Dr. Verena Liebers, Ilja Ruhl, Dr. Jan Zier,

(rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck:

Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro

(Sozialtarif: 25 Euro).

* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine Festlegung zu verzichten. Den einzelnen Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

Meldungen

Cannabis: Lauterbach für vorsichtige Freigabe

BERLIN (rd). Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat sich zum Abschluss einer Serie von Expertenanhörungen klar für eine straffreie kontrollierte Abgabe des Rauschmittels ausgesprochen. Er sei selbst lange der Meinung gewesen, dass man Cannabis nicht legalisieren sollte, habe seine Meinung aber geändert, weil die Risiken der derzeitigen Praxis größer seien, „als was man erreichen könnte mit einer kontrollierten Abgabe“. Das wichtigste Prinzip bei der Freigabe müsse aber sein: „Sicherheit zuerst“. Im Zentrum der geplanten Neuregelung müsse der Kinder- und Jugendschutz stehen, betonte Lauterbach.

Der abschließenden Fachkonferenz waren vier vom Bundesgesundheitsministerium organisierte Expertenanhörungen vorangegangen. Dort tauschten sich mehr als 200 Fachleute verschiedener Disziplinen zu Pro und Contra einer Cannabislegalisierung aus. Die Ergebnisse der Beratungen sollen nun ausgewertet und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden, bis Jahresende soll ein Gesetzentwurf stehen.

Entstigmatisierung: Mehr Geld für die APK

BERLIN (rd). Sie ist im Koalitionsvertrag der Ampel verankert: die Stärkung der seelischen Gesundheit. Erste Folgen schilderte Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Berichterstatterin für seelische Gesundheit der Grünen-Bundestagsfraktion, bei der zweiten Beratung des Gesundheits-Etats. Die erst im März zur neuen Vorsitzenden der Aktion psychisch Kranker e.V. (APK) gewählte Abgeordnete kündigte eine Erhöhung des Zuschusses an die APK um 100.000 Euro an. Als Zweck nannte sie Entstigmatisierung unter Einbindung von Psychiatrie-Erfahrenen. Auch die Fortsetzung des sogenannten Psychiatriedialogs sowie die Stärkung der Suizidprävention seien finanziell zu sichern. Die Präventionsmittel wurden

wieder um eine Million Euro aufgestockt, die in begleitende Maßnahmen zur Cannabislegalisierung fließen sollen. Damit die Regierung noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen kann, sollen im Gesundheitsministerium acht neue Stellen für eine Projektgruppe Cannabis eingerichtet werden.

Der schließlich beschlossene Gesundheits-Etat umfasst insgesamt Ausgaben von 64,36 Milliarden Euro – der Gesamthaushalt umfasst 496 Milliarden Euro.

Datenleck bei Gesundheits-App

FRANKFURT (rd). Computerfachleute des ehrenamtlichen Kollektivs „zerforschung“ haben bei mindestens zwei Gesundheits-Apps massive Sicherheitslücken entdeckt. Das betrifft auch eine Anwendung, die sich an Menschen mit Depressionen richtet. Darüber berichteten NDR und WDR. Eine der beiden entdeckten Sicherheitslücken betrifft die App „Novego: Depressionen bewältigen“. Wenn ein Nutzer dieser App sich bisher seine eigenen Daten herunterladen wollte, hätte er die Nummer seiner Nutzer-ID so verändern können, dass er an die E-Mail-Adresse und den Nutzernamen anderer Patientinnen und Patienten gelangt wäre, berichtete tagesschau.de. Der Geschäftsführer Norbert Paas habe versichert, dass man drei Stunden, nachdem das Team von „zerforschung“ seine Firma auf die Schwachstelle hingewiesen hatte, die Lücke technisch geschlossen habe.

Auch bei der App „Cankado“, die für Frauen mit Brustkrebs entwickelt wurde, war es möglich, Patientendaten abzugreifen. Auch diese Lücke sei laut Herstellerangaben inzwischen geschlossen worden. 31 digitale Gesundheits-Apps (DiGAs) gibt es mittlerweile, die Ärztinnen und Ärzte auf Rezept verordnen können. Viele davon sollen bei psychischen Problemen helfen. Einer der Hauptkritikpunkte von Fachleuten ist der bisher fehlende Nutzensnachweis.

Von Bruch zu Bruch

■ Endlich wieder persönlich: „Die subjektive Seite der Schizophrenie“ tagte in Leipzig

„Vom Bruch zur Entwicklung“, hatten die Veranstalter den Rahmen benannt. Und referiert wurde bei der 24. Tagung der Reihe „Die subjektive Seite der Schizophrenie“ im Zeichen der Leiden Jesu am Kreuz. Diese Darstellung prangte auf einem Kirchenfenster hinter dem Podium, auf das die rund 250 TeilnehmerInnen in der Leipziger Michaeliskirche drei Tage lang blickten. In den thematischen Rahmen passte vieles: Vom Bruch durch die Pandemie, über politischen Bruch und Aufbruch in Ost und West und natürlich vor allem zu den Brüchen in Biografien. Von Brüchen im Versorgungssystem ganz zu schweigen ... Einen sozialpsychiatrischen Aufbruch verströmte dabei die Tagung selbst, die immer auch eine Art „Klassentreffen“ der Initiatoren und Begründer mit Prof. Michaela Amering aus Wien und Prof. Michael Krausz, der wieder aus Vancouver anreiste, sowie Prof. Thomas Bock und Prof. Jürgen Galinat aus Hamburg ist, auch die Psychiatrische Universitätsklinik der Charité mit Prof. Andreas Heinz ist mit an Bord der Unterstützer. Die diesjährigen Vor-Ort-OrganisatorInnen rund um den Direktor der Leipziger Universitätspsychiatrie Prof. Georg Schomerus und seinen Oberarzt Dr. Sven Speerforck setzten besondere Schwerpunkte in Sachen Einbindung der Betroffenenperspektive. Nicht zuletzt auch durch das in Leipzig „erfundene“ Format des aus kleinen Filmbeiträgen bestehenden „Psychiatrie-Slams“.

Anna Kunze, die erste Referentin, kennt sich mit Brüchen und Psychiatrie besonders gut aus. Die letzte Krise ist noch nicht lange her. Es war in diesem Jahr. Sie war in der Endphase ihrer Ausbildung zur Genesungsbegleiterin und stand kurz vor ihrer Hochzeit. Eigentlich positiv, aber auch das kann zu Krisen und zum Ausbruch von Krankheitsphasen führen. In ihrem Fall kam es zu Gedanken an Selbstverletzung und zu Ängsten, sie hörte Stimmen. Ein neues Medikament wurde angesetzt, auf das sie mit Krämpfen reagierte usw.: „Ich kämpfe und kämpfe so sehr und bin einfach müde“, schrieb sie auf ihrem Blog „weltverkehr“.

Vieles lief optimal in ihrer Kindheit, beschreibt sie es vor den Tagungsteilnehmern, bis die Oma starb, da war sie 13, und Mobbing in der Schule dazukam. Depression, Selbstverletzung, Suizidversuch. Der erste Bruch. Das erste Mal Psychiatrie, mit 16 hört sie Stimmen. Sie macht dennoch Abi, beginnt ein Studium der Sozialen Arbeit – und gerät in eine schwere Psychose, weitere folgen, viele Psychiatrieaufenthalte auch. Sie erzählt offen von ihrer Krankheit, Tabus aufbrechen sei ihr Ansinnen. Nicht nur über ihren Blog, auch in verschiedenen Medien wie im Spiegel und in der Brigitte war schon über sie zu lesen. Der Umgang mit den Krisen und Brüchen sei ein Drahtseilakt, sagt sie, „zwischen zu viel und zu wenig“. Sie vergleicht die Erkrankung mit „Ebbe und Flut“: „Ich muss darauf achten, dass es mich nicht überspült.“ Ihr Glück: Sie hat gute Unterstützung: durch den Mann, der seit acht Jahren an ihrer Seite und inzwischen „Profi geworden“ sei, die Geschwister, die beste Freundin.

Missbrauch in Ost und West

Ein Bruch darauf der Wechsel in die Wissenschaft. Prof. Hans-Joachim Salize, Leiter der Versorgungsforschung am Zentralinstitut für seelische Gesundheit (ZI) Mannheim, spricht über Kindesmissbrauch in Institutionen der BRD (Katholische Kirche) und der DDR (Kinderheime). Mit deutlichen Übereinstimmungen. Salize berichtet zunächst über Ergebnisse der sogenannten MHG Studie. Dafür wurden ca. 38.000 Akten aus den katholischen Diözesen nach Hinweisen auf Missbrauch untersucht. Bei 4,4 Prozent (1670 Beschuldigte) fanden sich welche – ein deutlich höherer Anteil als in der Gesamt-Bevölkerung, rechne man das Dunkelfeld dazu, werde „einem schon schummerig“, so Salize. 3677 Betroffene wurden gezählt. Als Folgen für sie nannte er: Ängste, Depressionen, PTBS, ruinierte Biographien, zerstörte Leben. Die Erklärung: „ein komplexes Zusammenspiel von sexueller Unreife und abgewehrten homosexuellen Neigungen in homophober Umgebung der Kirche“. Bei den Beschuldigten wurden drei Typen identifiziert: Fixierter Typus, teils mit Hinweisen auf pädophile Störung, Narzisstisch-soziopathischer Typus mit inadäquater Machtausübung auch in anderen Kontexten und schließlich als häufigster Typus

der Regressiv-Unreife mit Schwierigkeiten mit der eigenen Sexualität.

In der DDR wurden bis 89 insgesamt 84.000 Anzeigen (auf 17 Millionen Einwohner) gezählt, in 43 Prozent kam es zu Verurteilungen. Hochgerechnet, mitsamt Dunkelziffer von mindestens 1:7, komme man auf 500.000 betroffene Kinder und Jugendliche. Von den 135.000 Kindern in Heimen und Werkhöfen seien 23 Prozent Opfer oder Zeuge von sexuellem Missbrauch gewesen. „Atemberaubend“ nannte Salize das Ausmaß. Sein Fazit: gemeinsame Merkmale überwogen. Als da wären: Täterzentrierte Perspektive, Therapie oder Entschädigung wurden vernachlässigt, Institutionenschutz ging vor Betroffenenenschutz, Vertuschung. Zentral aber sei die Ausnutzung von Machtstrukturen als tatbegünstigendes Element.

Wer schafft es in die Psychotherapie?

Brüche entstehen auch durch Mangel an Psychotherapie. Prof. Georg Schomerus hat untersucht, wer es überhaupt in eine Psychotherapie schafft. Innerhalb der letzten drei Jahre laut KV immerhin 9 Prozent aller Versicherten, vermehrt in Großstädten, mehrheitlich Frauen. Menschen mit Doppeldiagnosen und schweren Persönlichkeitsstörungen schaffen es offenbar gar nicht, und der Anteil von Menschen mit Schizophrenie lag bei nur 0,5 Prozent. Der größte Anteil an Therapieplätzen entfällt auf Diagnosen aus dem depressiven Spektrum. Interessant: Die größte Therapie-Wahrscheinlichkeit hatten Menschen mit hoher Bildung und geringem Einkommen: „Im Vergleich zum ‚abgehängten Prekariat‘ ist die Wahrscheinlichkeit mehr als doppelt so hoch, dass jemand aus der kritischen Bildungselite‘ zum Psychotherapeuten geht“. Sollte es sich also auch um ein kulturelles Phänomen handeln? „Die Depression passt in ein Narrativ der Überlastung und Überforderung, mit dem wir unsere eigene Situation in unserer Zeit beschreiben und verstehen“, so Schomerus. Den wachsenden Bedarf nach Psychotherapie erklärt er mit dem Mehrbedarf von Jüngeren nach Corona, dem Bedeutungsverlust anderer Hilfesysteme wie Seelsorge, aber eben auch mit „Psychologisierung“ von persönlichen (auch strukturellen) Belastungen. Schomerus analysiert ein strukturelles Stigma: Psychotherapie sei oft exklusiv, insofern als sich der Patient anpassen müsse. Es gebe Bedarf an inklusiver Therapie, die sich an Patienten mit schwerem Verlauf anpasst.

Und wieder ein Bruch, hin zu einem neuen Block gen Arbeit, Wohnen, Erziehung. Raus in die Stadt, nach Leipzig-Grünau führte die Soziologin Prof. Sigrun Kabisch in einem unpsychiatrischen Beitrag, in dem es um den gesellschaftlichen Wandel eines deutlich geschumpften Leipziger Plattenbauviertels ging. Der Chefarzt des Verbunds Gemeindefähige Psychiatrie Leipzig lenkte den Blick danach auf Wohnungslosigkeit: Real werde in Deutschland von einer Million Wohnungslosen ausgegangen, 50 Prozent hätten traumatisierende Vorerfahrungen



Ungewöhnlicher Tagungsort: die Michaeliskirche in Leipzig. Rechts im Bild: Gastgeber Prof. Georg Schomerus.



gemacht. Dr. Dr. Matthäus Fellingner warf mit Bezug auf Corona ein neues Wort, einen Neologismus, in die Kirche: „Mü-tend“ – für müde und wütend. Ein Zuhörer schilderte eindrücklich, was Corona mit schwer Beeinträchtigten machte. „Ich will nicht im Heim leben. Ich will ein selbstbestimmtes Leben führen, dafür habe ich gekämpft.“ 15 Jahre habe er stabil gelebt, mit Tischtennisverein und Improvisationstheater. Und plötzlich war alles zu, fiel alles weg. „Wie einen das fertig macht!“ ...

„Sind Freiheit und Autonomie überbewertet, brauchen wir fürsorgliche Unfrei-



Sprach unter dem Titel „Bruch und Aufbruch“ über ihre Geschichte: Genesungsbegleiterin Anna Kunze.

Fotos (3): hin

heit?“ So lautete der Titel einer von dem ehemaligen Leiter der UKE-Psychosenambulanz Prof. Thomas Bock moderierten Podiumsdiskussion. Wenn Psychiatrie von Freiheit der Patienten rede, habe er oft das Gefühl, sie rede von ihrer Bequemlichkeit. Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) müsste zu den Menschen gehen und penetrant agieren, bevor es zu

Entstigmatisierung auf Kosten der Schwerkranken?

einer Polizeieskalation komme. Aber der SpDi sei so kaputt gespart, dass oft direkt die Polizei losgeschickt werde, aufsuchende Hilfen funktionierten häufig gar nicht mehr. Forensikchefarzt Dr. Peter Spindler brachte „die Schattenwelt“ des Maßregelvollzugs ins Spiel, wo inzwischen jedes 4. Bett der Psychiatrie stehe. Für Sicherheit sei man bereit, die Freiheit aufzugeben. „Sicherheit schlägt die Frei-

heit, das ist sehr gefährlich“, sagte er. Schomerus verwies auf den gesellschaftlichen Aspekt, dass die Bereitschaft, sich mit schwierigen Menschen zu beschäftigen, abnehme. Er habe die Befürchtung, so Thomas Bock, dass die Entstigmatisierung der Psychiatrie auf Kosten der Schwerkranken gehe. „2-3 Prozent sind so krank, dass sie vorrangig bedient werden müssen.“ Das müsse offener diskutiert werden.

Aber es gibt ja nicht nur Brüche, sondern auch Entwicklungen, auf die wiederum Brüche folgen können ... Davon, von dem Hamburger Projekt Recover, berichtete Anne Karow, die 2019 die oberärztliche Leitung der Psychosenambulanz des UKE von Thomas Bock übernahm, inzwischen aber Direktorin der (noch nicht eröffneten) Schloss-Psychiatrie Tremsbüttel geworden ist. Sie stellte die seit kurzem vorliegenden Recover-Evaluationsergebnisse vor. Das 2016 mit gut 7 Millionen Euro vom Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) gestartete Projekt beinhaltet nach Schweregrad gestufte Versorgung unter Einsatz von digitalen Hilfen und Peers. Erst mittelgradig Leidende erhalten Kurztherapie, hoch Belastete Langzeittherapie und Case Management, schwer Erkrankte (Schizophrenie, Borderline) werden intensivst betreut. Hometreatment ist ein Kern des Ganzen. Die Evaluation – randomisiert, kontrolliert mit fast 900 Patienten – ergab: 30 Prozent weniger Kosten, Kliniktage um die Hälfte, Arbeitsunfähigkeitstage um 36 Prozent reduziert (in Stufe 1 und 2). Es gab weniger Zwang und mehr Zufriedenheit. „Schwerkranken haben am meisten profitiert“, so Karow.

Dennoch sei kein Vertragsabschluss mit den Kassen gelungen. Das sei nicht zu verstehen, meinte Karow. Von einem „Skandal“ sprach Thomas Bock. Karow ergänzte, dass bei einem so klaren Erfolg die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme in die Regelversorgung hoch sei. Doch das dauere 5 bis 10 Jahre. Bis dahin sind die Mitarbeiter weg ... Es sei „ein Webfehler“ des Innovationsfonds, dass für solche Fälle keine Zwischenfinanzierung mitbedacht wurde, so Karow auf EPPENDORFER-Nachfrage.

Chancen digitaler Hilfen

Welche Lösungen gibt es noch? Die Chancen der Digitalisierung waren ein weiteres Thema. Auch Charité-Oberärztin Dr. Stefanie Schreiter sprach von Stepped Care: Der Einsatz von Apps gegen Depressionen sei eine Alternative, „um die Ressource Psychotherapie für schwer Kranke vorzuhalten“. Chancen böten ferner der Einsatz von virtueller Realität in der Behandlung von schizophrener Patienten, digitale Stimmungstagebücher sowie Krisenvorhersage über Bewegungsmessungen. Sie konstatierte ein

„hohes Potential“ für individualisierte, flexible Hilfen und mehr Partizipation durch digitale Hilfen und warb für Beschäftigung damit. Sonst würden sich Pharmafirmen dem Thema widmen...

Unter Übergänge einzuordnen war der Beitrag der Leipzigerin Prof. Steffi Riedel-Heller, sie sprach über „Megatrends“. Als da wären: Individualisierung (viele Singles, Patchworkfamilien, kinderlose Paare) und Selbstbestimmung, Nachhaltigkeit, „Silver Society“, Konnektivität und digitale Vernetzung aber auch „Technostress“, neue Arten der Einbindung, aber auch soziale Isolation, vor allem unter Älteren, Urbanisierung, Mega-Cities, aber auch Rückzug aufs grüne Land. Ihre These: „Jeder Trend entwickelt einen Gegentrend“, dadurch entstehe Fortschritt. Aber eben auch Turbulenz und Brüchigkeit.

DDR: Nicht alles war schlechter

Es folgte noch so manches: eine Bilanz der italienischen und deutschen Psychiatriereform, Krisenbegleitung in Bochum, Dr. Lieselotte Mahler informierte über Gewalt und Sicherheit in der Psychiatrie. Es gab Workshop-Einblicke in Angehörigenarbeit, die Praxis des offenen Dialogs sowie in Kreativität und Selbsthilfe im Durchblick e.V. Prof. Elmar Brähler und Aylene Heller erläuterten mit Bezug auf das Forschungsprojekt „DDR-Psych“, was in der DDR gut gewesen sei: Ostdeutsche berichteten von mehr individueller Autonomie und emotionaler Verbundenheit und weniger Hierarchie in der Familie. Kindheitstraumata seien im Osten weniger verbreitet gewesen. Für einen personellen Bruch sorgte Prof. Andreas Heinz. Der Charité-Direktor sollte an einer Diskussion über „das brandneue“ deutsche psychosoziale (Forschungs-) Zentrum teilnehmen, er hätte wohl am meisten beitragen können – aber er war nach vorherigem Referat über „Krankheit Psychiatrie – eine hilfreiche Kategorie!“ schon abgereist ...

Für den Psychiatrie-Slam reisten die Zuschauer in ein Kino in der Südvorstadt. Auch hier ging es um „Vom Bruch zur Entwicklung“ – aus ganz persönlicher Perspektive. Eine Slam-Teilnehmerin beschrieb u.a., wie sie fixiert und isoliert wurde, als ihr Verstand „mit der Wirklichkeit gebrochen hatte“. Sie kenne ihre Bedürfnisse „selbst im ärgsten Höllensturm der Psychose“: Genug Schlaf in sicherer Umgebung, Menschen, denen sie vertraut, Gespräche auf Augenhöhe, auf einer Wiese liegen können und in den Himmel zu gucken, ruhiges Erklären. Ihre „Entwicklung“ sieht sie so: ... „dass ich durch die Nichterfüllung meiner Bedürfnisse in der Psychiatrie gelernt habe, wie wichtig diese Bedürfnisse mir sind.“ Wenn das kein Armutszeugnis ist.

Anke Hinrichs